

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

15. Sitzung
am Donnerstag, dem 6. März 1997, 10:05 Uhr,
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Günter Neugebauer (SPD)

Heinz Maurus (CDU)

Tagesordnung:	Seite
1. Begrenzte Freigabe der Bejagung von Rabenvögeln zum Schutze der heimischen Tierwelt und Durchführung einer begleitenden Untersuchung	4
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/70	
2. Bericht zum Eider-Treene-Sorge-Projekt	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/355	
3. Bericht des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus über das Tourismus-Konzept	8
4. Entschließung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	10
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/346	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/359 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/367	
5. Verschiedenes	12

auch nur um eine begrenzte Bejagung, die nach seiner Auffassung Modellcharakter haben könnte.

Die Frage der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan nach eventuellen Entschädigungsforderungen an das Land beantwortet M Hans Wiesen dahin, daß beim Land bisher noch keine solchen Forderungen eingegangen seien. Er habe aber teilweise schon Klagen gehört, daß der Besatz gebietsweise zu hoch sei.

Abg. Hans Siebke wendet ein, daß die meisten Klagen und damit verbunden auch die Entschädigungsforderungen vorzugsweise bei den Kreisen eingingen.

Abg. Detlef Matthiessen spricht von Aussagen aus der Anhörung, daß der landwirtschaftliche Schaden mit nur 5 % zu beziffern sei. Dies sei ein als so gering zu beziffernder Schaden, daß ihm eine Freigabe der Bejagung, auch nur im begrenzten Umfange, als nicht gerechtfertigt erscheine.

Beschluß: Gegen die Stimmen der CDU wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Einstimmig wird jedoch der Umweltausschuß gebeten, in Richtung der in der Anhörung zur Sprache gekommenen Vereinfachung der rechtlichen Situation bei der Abschlußgenehmigung tätig zu werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht zum Eider-Treene-Sorge-Projekt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/355

(überwiesen am 12. Dezember 1996 an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß)

Abg. Peter Jensen-Nissen thematisiert die Frage, ob zum Beispiel das Amt Stapelholm noch gehalten sein werde, eine Dorfstruktur- und Entwicklungsanalyse zu erstellen, obgleich auf die bestehenden Planungsunterlagen, wie sie in dem Bericht der Landesregierung angesprochen seien, zurückgegriffen werden könnte.

M Hans Wiesen ruft die Bedingungen für die Erzielung von EU-Mitteln für Ziel-5 b-Gebiete (dies ist die Förderung strukturschwacher Gebiete in hochentwickelten Industriestaaten) in Erinnerung. Allerdings könne selbstverständlich das, was im Entwicklungskonzept erarbeitet worden sei, als Vorarbeit für die Struktur- und Entwicklungsanalyse genommen werden, so daß die Kostenfrage bei der Erstellung der erforderlichen Unterlagen eine untergeordnete Rolle spielen werde.

Dies wird von MR Ludwig Thormählen bestätigt, der darauf hinweist, daß in gemeinsamen Gesprächen mit den Ämtern und Kreisen versucht werde, zu sinnvollen Lösungen zu kommen. Im weiteren schildert MR Ludwig Thormählen den phasenweisen Aufbau des Eider-Treene-Sorge-Projektes und betont, daß die Grundposition der Landesregierung im Bericht sehr deutlich zum Ausdruck komme, auch wenn es heute noch nicht möglich sei, klare Angaben - auch in finanzieller Hinsicht - zu machen, weil es sich um einen offenen Entwicklungsprozeß handele, in dem nur gemeinsam und im Einverständnis mit den Betroffenen etwas gestaltet werden könne. Er schließt mit der Bitte um einen parteiübergreifenden Konsens für dieses Projekt, um das, was in der Praxis in großen Teilen schon sehr gut laufe, nicht zu zerstören.

Weite Detailfragen in der Diskussion sind der Vertragsnaturschutz, die Einbindung und die Lebensverhältnisse sowie die Arbeitsmöglichkeiten der in dem Projektgebiet ansässigen Bevölkerung sowie die Entwicklung eines dem Naturschutz angemessenen, umweltverträglichen Tourismus.

M Hans Wiesen unterstreicht in seinen Abschlußausführungen die positiven Entwicklungsperspektiven des Projektes, wenngleich, was die Gesamtstruktur der touristischen Leistungen angehe, es nach seiner Meinung inzwischen auch zu beachten gelte, daß ein allzu kleinräumiges Denken dem heutigen Anspruch der Gäste nicht mehr genüge.

Er hebt im weiteren die Richtigkeit des Einstiegs in den Vertragsnaturschutz hervor, auch wenn man hier immer wieder Nachbesserungen - insbesondere auch im finanziellen Bereich - anstreben müsse. In diesem Zusammenhang müsse auch auf die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik hingewiesen werden, durch deren Modifikation andere Modalitäten für die Ausgleichszahlungen zu erwarten seien. Wenn man davon ausgehe, daß bei diesen neuen Ausgleichszahlungen auch die Umweltleistungen der wirtschaftlichen Betriebe eine Rolle spielten, dann habe er die Hoffnung, daß bei dieser Reform das Subsidiaritätsprinzip, wie es im Maastricht II-Vertrag formuliert worden sei, auch durchgesetzt werden könne. Damit würde dann auch die Chance gegeben sein, bei der Ausgestaltung des Vertragsnaturschutzes langfristige Bindungen einzugehen und die Konditionen selbständig so zu formulieren, daß sie für das Land von bestmöglichem Nutzen seien.

Beschluß: Der Bericht wird einstimmig dem federführenden Umweltausschuß zur Kenntnisnahme empfohlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung
und Tourismus über das Tourismus-Konzept**

Der Vorsitzende unterstreicht noch einmal die federführende Zuständigkeit des Agrarausschusses für den Tourismus und bittet M Hans Wiesen um Darlegung des Tourismus-Konzeptes.

M Hans Wiesen teilt mit, daß die Abteilung 2 seines Hauses für den Tourismus zuständig sei. Er zeigt anhand der Broschüre "Tourismuskonzeption 1996 für das Land Schleswig-Holstein" sowie anhand der Broschüre über das erste Forum zur Qualitäts- und Dienstleistungsinitiative im Tourismus die gegenwärtige Situation im schleswig-holsteinischen Tourismus auf. Der Tourismus, der sich zu 90 % in den ländlichen Räumen abspiele, arrondiere sich ganz hervorragend mit den übrigen Geschäftsbereichen seines Hauses. Mit dieser Eingliederung in das MLR sei eine große Chance für die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Dörfer und der ländlichen Räume insgesamt gegeben, um ein wirklich abgerundetes Entwicklungspaket, wie beispielsweise beim Eider-Treene-Sorge-Bereich schon andiskutiert, anzustreben und eine integrierte Strategie für die Entwicklung der ländlichen Räume zu erreichen.

Er zeigt im weiteren die Bedeutung des Tourismus für die schleswig-holsteinische Wirtschaft auf und legt dar, inwieweit die Landwirtschaft vom Tourismus in Zukunft profitieren könne. Nach einem stetigen Aufwärtstrend mit einem ersten geringen Einbruch 1993/94 und einem weiteren geringfügigen Einbruch im Jahre 1996 gelte es nun, ein weiteres Absinken der Tourismusbranche durch eine Erhöhung der Qualität und der Standards zu verhindern. Dem wolle man mit dem neuen Tourismus-Konzept Rechnung tragen.

Stichworte seien dabei der intensive Dialog der gesamten Tourismusbranche untereinander, eine Qualitäts- und Dienstleistungsinitiative, eine Verbesserung der vorhandenen Infrastruktur, die Verbesserung der Informationsmöglichkeiten und der Werbung. Hinzukommen müßten die Verstärkung des Angebotes eines Veranstaltungs- und Kulturtourismus sowie erweiterte Kurangebote.

Nach kurzer Diskussion, in der unter anderem auch der Wegfall der Fremdenverkehrsabgabe in einigen Kommunen zur Sprache kommt (siehe SIB 070/97), stellt der Vorsitzende fest, daß die vielen dargelegten Probleme noch weiterer intensiver Befassung durch den Ausschuß bedürften und es eventuell auch zu Informationen vor Ort kommen müsse. Mit der Bitte an das

Ministerium, dazu für die Zeit nach den Sommerferien einige Vorschläge zu machen, schließt der Vorsitzende die Beratung des TOP 3.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entschließung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/346

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/359 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/367

(überwiesen am 20. November 1996)

Abg. Claus Ehlers trägt den Inhalt des Antrages vor, und betont, daß es wichtig sei, Schule und Beratung als Einheit zu erhalten. Er bittet um Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion.

Mit Hinweis auf die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie F.D.P. schlägt Abg. Sabine Schröder vor, die Beratung der Anträge solange auszusetzen, bis das Kammerkonzept 2000 der Landwirtschaftskammer vorliegt. Eventuell könne es dann sogar zu einem interfraktionellen Antrag kommen.

Auch Abg. Dr. Christel Happach-Kasan spricht sich für die Einheit von Schule und Beratung aus und tritt darüber hinaus für die Beibehaltung der jetzt vorhandenen Trägerschaft ein.

Abg. Helmut Plüschau wundert sich, daß die Kammer selbst ein Strukturreformkonzept vorlegen solle. Er hielte neutrale Gutachten für effektiver.

MDgt Hans-Joachim Pieper entgegnet, daß es sich bei diesem Konzept 2000 lediglich um ein Konzept der Selbstverwaltung handle, während mit den Anträgen die Kammer insgesamt angesprochen werde, also einschließlich Schule und Officialberatung. Insofern müsse man davon ausgehen, daß es unterschiedliche Einflußmöglichkeiten gebe. Im Bereich Schule, der zu 100 % aus Landesmitteln finanziert werde, könne das Land die inhaltlichen Vorgabe gestalten. Hier gebe es einen weitgehenden Konsens mit der Kammer über den Umfang und die Standorte der Schulen. Man habe quasi Konsens dahin erzielt, daß es in Zukunft drei Standorte für die Fachschulen klassischer Art geben solle und darüber hinaus drei Kooperationsstandorte mit der Ausrichtung auf zwei Kooperationsstandorte in weiterer Zukunft. Die damit verbundenen Personalabbaufragen seien mit der Kammer und dem übernehmenden Bildungsministerium

vorbesprochen und weitestgehend geregelt; dennoch gestalte sich der Transfer nicht ganz unproblematisch. So müsse noch im Zusammenhang mit der sogenannten Personalpartnerschaft eine endgültige Regelung gefunden werden.

Der Bereich der Officialberatung sei auf der Grundlage des geänderten Kammergesetzes neu konstruiert worden. Damit konzentriere sich das Inhaltliche nun auf gesellschaftlich relevante Themen. Aber auch hier bedürfe es im personellen Bereich noch einiger Klärungen.

Bezüglich des Konzeptes 2000 der Kammer gebe es hinsichtlich der von der Kammer vorgegebenen Annahmen noch einen dringenden Diskussionsbedarf mit dem Ministerium. Das Konzept in der jetzt vorgelegten Form müsse im Detail noch weiter besprochen werden, weil das Land die finanziellen Voraussetzungen anders sehe, als die Kammer sie darstelle. Außerdem gebe es einen großen Beratungsbedarf über die personellen Konsequenzen, die in den verschiedenen Varianten, die die Kammer angelegt habe, enthalten seien.

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Beratung der Anträge nach Vorlage des Konzeptes 2000 fortzusetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Abg. Gerhard Poppendiecker regt einen Besuch mit landwirtschaftlichen Kontakten in Nordschleswig an.
2. Der Vorsitzende schlägt einen Besuch des Versuchsbetriebs der BASF auf Hof Siek, Bothkamp, vor; dort habe die BASF ihre Aktivitäten und die Verwaltung inzwischen konzentriert. Es müsse dies aber ein Termin während der Wachstumsperiode sein. Die BASF habe den 3. Juli vorgeschlagen.
3. Zum Tag der offenen Tür am Samstag, dem 19. April, bittet der Vorsitzende die Ausschußmitglieder um Mithilfe bei der Gestaltung und Ausstattung des Infostandes. Die Koordination übernimmt der Vorsitzende.
4. Folgender Eingang ist bei den Akten der 10. Sitzung einzusehen: "Landkarte für den ökologischen Einkauf", "map-Kardiographie GmbH, Waldens".

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:10 Uhr.

gez. Claus Hopp
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin